

# Politische Richtungsentscheidungen

Zum Artikel vom 21. Januar 2023 „Studierende fordern Unterstützung“ veröffentlichte die OP diesen Leserbrief von Yusuf Karaaslan am 02.02.2023:

Der 5. Januar 2023 war der Tag, an dem DAX-Vorstände das durchschnittliche Jahreseinkommen von Vollzeitbeschäftigten erreichen. 28 Tage später kommt Olaf Scholz anlässlich eines Bürgerdialogs nach Marburg – in die Universitätsstadt. Statistisch leben drei Viertel der Studierenden unter Armutsgefährdung. Deshalb forderte die studentische Vollversammlung: „Flip the switch – 100 Milliarden für die Jugend!“

Wir möchten den Schalter umlegen und fordern einen Politikwechsel. Dabei nehmen wir folgende zwei Richtungen wahr: Vonseiten der Bundeswehr, zum Beispiel vom Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbands und gleichzeitigem Oberst in der Bundeswehr, Herrn Andre Wüstner, wird eine Umstellung auf Kriegswirtschaft und den rasanten Bau von Munitionsfabriken gefordert.

Auf der anderen Seite werden an der Universität Marburg wegen gravierender Unterfinanzierung Fächer zusammengespart, Stellen bleiben unbesetzt und Duschen in den Turnhallen der Schulen geben nur kaltes Wasser her.

Es ist eine politische Richtungsentscheidung entweder in die zivile und humane Bildung zu investieren oder in Munitionsfabriken mit beispielsweise den 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ der Bundeswehr, die nichts anderes sind als Kriegskredite.

Protest zum  
Besuch von Olaf Scholz

Die Verbindungen zu Rüstungskonzernen von zum Beispiel Agnes Strack-Zimmermann (FDP) sollten deshalb bei jeder ihrer Interviews und Reden ebenso eingeleuchtet werden, um den tieferen Sinn ihrer aggressiv vertretenen Aufrüstungsforderungen zu verstehen.

Wir stehen für eine zivile Zeitenwende. Doch mit Dusch- und Kleidungstipps soll von den Profiteuren des Krieges und der sozialen Verwerfung durch explodierende Energiepreise abgelenkt werden. Nach dem Frieren sollen weiterhin „alle“ sparen, selbst diejenigen, die nichts zu sparen haben. Mit diesen Mythen versuchen verantwortliche Politikerinnen und Politiker, die Bevölkerung in den globalen Wirtschaftskrieg einzubeziehen und Ruhe an der „Heimatfront“ herzustellen.

Weil es sonst niemand anderes macht, müssen wir Studierende für unsere eigenen Rechte eintreten.

Deshalb haben wir beschlossen, zum Besuch von Olaf Scholz am 2. Februar 2023 in Marburg um 16 Uhr am Hauptbahnhof für unsere studentischen und Menschheitsinteressen zu protestieren. Nur so können wir uns Gehör verschaffen: Denn wir Studis haben nicht die Handynummer von Olaf Scholz auf der Kurzwahltaaste, wie Lobbyisten der Energie-, Rüstungs- und Stromkonzerne.

,

